

**POLITISCHE ÖKONOMIE
NACH DEM FALL DER KOMMANDOWIRTSCHAFT:
PRODUKTION - GERECHTIGKEIT - NATUR**

von Hans G. Nutzinger

Womit wir uns heute vor allem in Deutschland, aber auch weltweit auseinanderzusetzen haben, ist zumindest vordergründig der Sieg des Liberalismus über den Sozialismus. Dabei geht es nicht nur um einen Sieg von konkurrierenden Ideen; seit Jahrhunderten schon spielt sich in der Realgeschichte ein Prozeß zunehmender Ökonomisierung fast aller menschlichen Beziehungen und fast aller Lebensbereiche ab. Der Austausch von Waren trat mehr und mehr an die Stelle eigen- und naturalwirtschaftlicher Beziehungen; gerade auch die historischen Ausnahmen, die sich dieser Tendenz entgegenstellten - vor allem Kriegs- und Kommandowirtschaften - können heute als anschauliche Belege für diese These eines säkularen Vordringens marktförmiger und kommerzieller Strukturen gelten.

Bereits Martin Luther mußte sich, als Theologe und als Seelsorger, mit diesem Umbruchsphänomen auseinandersetzen. Er sah die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses ebenso wie die ihm immanenten Gefahren für die Aushöhlung verantwortlicher personaler Beziehungen: "Wucher muß sein, aber wehe den Wucherern!"¹

Eine schrankenlose Kommerzialisierung aller Lebensbereiche erodiert, wie seitdem immer deutlicher wurde, die ethischen Grundlagen jener Marktgesellschaft, die diese Fundamente kaum mehr zu erkennen vermag, aber doch in einem wesentlichen Sinne auf sie angewiesen bleibt. Karl Marx, der in seinem Hauptwerk (*Das Kapital*, 1867) den Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften als "eine ungeheure Warensammlung" charakterisierte, wies schon früh in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* (1844) auf diese Problematik hin:

"Du mußt alles, was Dein ist, *feil*, d.h. nützlich machen. Wenn ich den Nationalökonom fragen: Gehorche ich den ökonomischen Gesetzen, wenn ich aus der Preisgebung, Feilbietung meines Körpers an fremde Wollust Geld ziehe ..., oder handle ich nicht nationalökonomisch, wenn ich meinen Freund an die Marokkaner verkaufe ..., so antwortet mir der Nationalöko-

¹ Siehe dazu im einzelnen den gleichnamigen Aufsatz von Josef Wieland in der *Zeitschrift für Evangelische Ethik*, 35. Jg. (1991), S. 268-284.

nom: Meinen Gesetzen handelst Du nicht zuwider; aber sieh Dich um, was Frau Base Moral und Base Religion sagt; meine *nationalökonomische* Moral und Religion hat nichts angehen Dich einzuwenden, aber - Aber wem soll ich nun mehr glauben, der Nationalökonomie oder der Moral? Die Moral der Nationalökonomie ist der *Erwerb*, die Arbeit und die Sparsamkeit, die Nüchternheit - aber die Nationalökonomie verspricht mir, meine Bedürfnisse zu befriedigen. - Die Nationalökonomie der Moral ist der Reichtum an gutem Gewissen, an Tugend etc., aber wie kann ich tugendhaft sein, wenn ich nicht bin, wie ein gutes Gewissen haben, wenn ich nichts weiß? Es ist dies im Wesen der Entfremdung begründet, daß jede Sphäre einen andren und entgegengesetzten Maßstab an mich legt, einen andren die Moral, einen andren die Nationalökonomie, weil jede eine bestimmte Entfremdung des Menschen ist und jede einen besonderen Kreis der entfremdeten Wesenstätigkeit fixiert, jede sich entfremdet zur andren Entfremdung verhält" (MEW, Erg. 1, S. 550f.).

450 Jahre nach Martin Luther und 100 Jahre nach Karl Marx feiert nun der Liberalismus mit dem Zusammenbruch der östlichen Kommandowirtschaften erneut in Theorie und Praxis einen Triumph, der dem Sieg der liberalen Vision von Adam Smith über feudale und merkantilistische Gesellschaftsvorstellungen vor über zwei Jahrhunderten vergleichbar ist. Smith hatte in seinem *Wohlstand der Nationen* (1776) die liberale Vision, das *System der natürlichen Freiheit*, auf ihren Begriff gebracht: Es ist eine Gesellschaft, in der nahezu alles warenförmig geworden ist und in der aus dem interessegeleiteten, möglichst unbehinderten Tausch der Individuen durch das Wirken einer *unsichtbaren Hand* - gemeint ist der Konkurrenzmechanismus - gesellschaftliche Wohlfahrt entsteht und immer weiter wächst.

Allerdings, die Stringenz dieser liberalen Vision hat ihren Preis; er besteht darin, daß wesentliche Elemente realer Gesellschaften und realer Wirtschaftstätigkeit ausgeblendet werden müssen.² Ausgeblendet wird unter anderem die Frage der *Gerechtigkeit* in einem materialen, über bloße Tauschäquivalenz hinausgehenden Sinne; Smith selber hat unter diesem für ihn wohl selbst unerwarteten Ergebnis seiner Bemühungen sehr gelitten und bis kurz vor seinem Tode gehofft, doch noch eine systematische Abhandlung von Recht und Gerechtigkeit verfassen zu können. Diese Möglichkeit hatte er sich aber durch seinen glänzenden liberalen Gesellschaftsentwurf selbst versperrt, denn dieser war nicht mehr hinreichend offen für die systematische Einfügung materialer Aspekte von Gerechtigkeit (vgl. Nutzinger, a.a.O., Abschnitt 3). Es gibt daher gute Gründe für die Vermutung, daß die von Smith wenige Tage vor seinem Tod betriebene Vernichtung fast aller seiner Manuskripte mit der von ihm selbst erkannten Unmöglichkeit zusammenhängt, einen

² Vgl. dazu im einzelnen Hans G. Nutzinger: "Das System der natürlichen Freiheit bei Adam Smith und seine ethischen Grundlagen", in: *Ökonomie und Gesellschaft*. Jahrbuch 9: Adam Smiths Beitrag zur Gesellschaftswissenschaft. Frankfurt/M. - New York: Campus 1991, S. 79-100.

außerhalb der Ökonomie liegenden Gerechtigkeitsbegriff systematisch zu entfalten. Smith hatte, vermutlich ohne es zu wollen, die aristotelische *Trias* von Ökonomie, Politik und Ethik aufgelöst und damit in einem gewissen Sinne auf der Ebene theoretischer Reflexion das vollzogen, was sich auf der Ebene realer Entwicklungen - siehe die obigen Anmerkungen zu Luther und Marx - schon seit Jahrhunderten durchzusetzen begann.

Verschwunden ist aus der liberalen Gesellschaftsvision auch Natur in einem von der Ökonomie geschiedenen Sinne; sie erscheint nur noch als beliebig ausbeutbare, unerschöpfliche Lieferantin für das System Ökonomie. Und auch das zentrale Marxsche Thema - die Produktion und die sozialen Beziehungen der Menschen in der Arbeit - wurden bis in die jüngste Zeit zumindest gedanklich in viele Tauschakte aufgelöst.

Die liberale Gesellschaftsvision bezieht also ihre Stringenz aus einer tendenziell imperialistischen Vereinnahmung sämtlicher Lebensbereiche in warenförmige Tauschakte. Nicht, daß es an liberalen Korrekturen gefehlt hätte: Bereits 80 Jahre später wird John Stuart Mill in seinen *Principles of Political Economy* (1848) und seinen Überlegungen zu *Utilitarianism* (1861) gerade diese Punkte aufnehmen und darauf hinweisen, daß Arbeitsbeziehungen nicht bloße Tauschbeziehungen sind und daß die Menschen gut daran täten, wenn sie aus innerer Einsicht ihr wirtschaftliches Handeln begrenzten, bevor äußere, auf der Begrenztheit der Erde beruhende Einschränkungen sie dazu zwingen würden. So berechtigt diese Korrekturen von John Stuart Mill sind, sie mindern natürlich den Glanz der klassisch-liberalen Gesellschaftsvision, und demzufolge werden sie von einem großen Teil der liberalen Ökonomen bis heute als ein "Fremdkörper" in dem doch sonst so konsistenten Gedankengebäude der liberalen Markttheorie gesehen. Gerade in den Vereinigten Staaten erfreut sich ja der Paläo-Liberalismus wieder großer (ideologischer) Beliebtheit.

Selbstverständlich ist die Tradition von John Stuart Mill nicht untergegangen; so ist etwa die auch für Mill wichtige Frage der Gestaltung der sozialen und rechtlichen Beziehungen in den letzten 100 Jahren zu einem tragenden Grundpfeiler unserer sozialen Ordnung geworden; im deutschen Sprachraum stehen dafür vor allem die Namen Walter Eucken und Alfred Müller-Armack. Auch die gegenwärtigen Bemühungen um eine Erweiterung der "sozialen Marktwirtschaft" zu einer "ökologisch-sozialen Marktwirtschaft" sind auf diesem Hintergrund zu sehen. Und nicht

zuletzt hat schließlich auch die ökonomische Theorie mit reichlich hundert Jahren Verspätung die für Marx zentrale Unterscheidung zwischen marktmäßig gehandelter Arbeitskraft und im Produktionsprozeß konkretisierter Arbeitsleistung aufgegriffen und sich damit den Zugang zu einer volkswirtschaftlichen Theorie der Unternehmung eröffnet. Daß der britische Ökonom Ronald Coase, der den Unterschied zwischen marktmäßiger und unternehmensinterner Koordination unter der Rubrik *Transaktionskosten* bereits 1937 wiederaufgegriffen hatte, unlängst (1991) mit dem Nobelpreis für Ökonomie ausgezeichnet wurde, deutet durchaus auf eine bemerkenswerte Neuorientierung in den Wirtschaftswissenschaften hin.

Ebenso unbestreitbar ist allerdings auch, daß diese "sozialliberalen Korrekturen" in der Tradition von John Stuart Mill nicht möglich gewesen wären, wenn sich nicht im 19. Jahrhundert sowohl auf der Grundlage realen Elends als auch auf dem Hintergrund theoretischer Defizite in der liberalen Weltsicht die sozialistische Kritik geltend gemacht hätte. Sie verschaffte sich auf der Ebene der Politik dadurch Geltung, daß Gewerkschaften und Arbeiterparteien entstanden; sie zeigte sich aber auch in Form von theoretischer Kritik, für die im Guten wie im Bösen Karl Marx an prominentester Stelle steht. Ohne diese doppelte sozialistische Kritik hätten sich die marktliberale Theorie und auch die ihr entsprechende praktische Politik nicht in dem Maße reformieren lassen, wie dies zumindest in den meisten wohlhabenden Ländern dieser Erde geschehen ist. Insofern bedeutet der gegenwärtige Sieg des Liberalismus zugleich eine Gefahr: Der "Stachel im Fleisch", das sozialistische Korrektiv, scheint jetzt als theoretische und politische Kraft weitgehend ausgeschaltet. Aber die Erfahrungen der beiden letzten Jahrhunderte und die ökologischen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft machen deutlich: Der Liberalismus ist auf eben dieses Korrektiv dringend angewiesen, will er nicht selber zur gefährlichen Ideologie verkommen.

Man kann also sagen, daß die Stringenz und die Geschlossenheit des liberalen Ansatzes seine Stärke und Schwäche zugleich sind. Der *Geschlossenheit* innerhalb der Theorie entspricht ihre *Abgeschlossenheit* gegenüber jenen Elementen der Realität, die nicht in das liberale Weltbild passen. Zugleich muß aber auch auf eine elementare Schwäche, ja Unterlegenheit der sozialistischen Theorie hingewiesen werden: Sie bezieht sich stets *kritisch* auf liberale Theorie und Praxis, ist also nicht selbst schon entwickelte Theorie. Marx' Hauptwerk hieß ja bekanntlich *Das Kapital* und nicht etwa *Die Arbeit* oder gar *Der Sozialismus*. Marx selbst hat wiederholt darauf hingewiesen, er betrachte es nicht als seine Aufgabe, "Rezepte für die

Garküche der Zukunft" zu entwerfen; es ging ihm also nicht um eine positive Theorie des Sozialismus. So wichtig dieser Hinweis - gerade auch gegenüber voreiligen Beerdigungsversuchen unter Verweis auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Osteuropas - ist, er bezeichnet zugleich eine Schwäche des Marxismus (und auch anderer sozialistischer Theorierichtungen): Anders als der Liberalismus verfügt der Sozialismus nicht über eine geschlossene theoretische Basis. Ihren hierauf beruhenden strukturellen Nachteil hat die Linke - zumal die Generation der 68er - immer dadurch verdeckt, daß sie - in gut Hegelscher Manier - der Auffassung anhing, jede "radikale" Kritik enthalte schon "keimhaft" die Grundlage einer positiven Theorie. Demzufolge wurde in jenen Jahren auch heftig kritisiert, und nicht immer waren die von den linken Kritikern entdeckten "gesellschaftlichen Widersprüche" tatsächlich Konflikte der Realität; nicht selten waren es auch "Widersprüche des Kopfes". Aber auch da, wo auf tatsächliche Konfliktlagen hingewiesen wurde, blieb der strukturelle Nachteil - nämlich das Fehlen einer positiven Theorie des Sozialismus - noch erkennbar.

Was bedeutet dies nun konkret für den Fortgang ökonomischer Theorie und Praxis? Anders gefragt: Wie können die von der liberalen Theorie *und* der ihr entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Praxis zumindest anfänglich weitgehend ausgeblendeten Herausforderungen in den Konfliktfeldern Produktion, Gerechtigkeit und Natur produktiv aufgenommen werden? Ich sehe dafür zumindest einen zentralen *praktischen* Ansatzpunkt, dessen präzise theoretische und sozialetische Reflexion bisher allerdings noch aussteht:

Die von der liberalen Theorie und der ihr entsprechenden ökonomisch-politischen Praxis zunächst ausgeklammerten Probleme machen sich doch immer wieder in der Realität geltend, etwa als Anspruch von Arbeitnehmern auf Mitbestimmung, als Forderung der Entwicklungsländer nach angemessener Beteiligung am weltweiten gesellschaftlichen Reichtum oder als Notwendigkeit einer internationalen Vereinbarung zum Schutz des Erdklimas. Hier müssen sich Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik - am besten aus Einsicht, notfalls aber unter dem Zwang der Verhältnisse - der Erkenntnis öffnen, daß auch im ökonomischen Sinne effiziente Lösungen nur erreicht werden können, wenn die übersteigerte Trennung in Allokation (Stichwort *Effizienz*) und Distribution (Stichwort *Gerechtigkeit*) zugunsten einvernehmlicher Kompromisse modifiziert wird, die den *Naturerhalt* und damit das Überleben der Menschheit ermöglichen. So wichtig Marktmechanismen - auch im Umweltschutz - sind, sie alleine werden nicht ausreichen, um die destruktive

Selbstläufigkeit des rein Ökonomischen aufzuhalten. Selbst dann, wenn man - korrekterweise - fordert, daß der Naturverbrauch zu angemessenen Preisen bezahlt werden muß (Ernst-Ulrich von Weizsäcker: "Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen"), kann man keineswegs gewiß sein, daß der dann immer noch stattfindende Naturverbrauch mit den Erfordernissen des *ökologischen Gleichgewichts* verträglich ist.

Verdeutlichen wir uns diese Problematik am Beispiel einer internationalen Klimakonvention gegen den Treibhauseffekt: Diese vermutlich überlebensnotwendige Vereinbarung wird nur zustande kommen, wenn die Industrienationen den Ländern der "Dritten Welt" die materielle und finanzielle Hilfe leisten, die notwendig ist, damit sich die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder mit wesentlich geringerem Energieverbrauch und wesentlich weniger Emissionen von treibhausrelevanten Gasen vollziehen kann, als dies in den reichen Ländern des Nordens der Fall war (und großenteils noch heute ist). Für einen derartigen Transfer von Ressourcen und Geld spricht aber nicht nur kluger Eigennutz (die Absicht, die "Dritte Welt" für das Klimabündnis zu gewinnen); auch der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit legt diese Maßnahme nahe und läßt sie nun nicht mehr als einseitige Hilfe oder gar Wohltat erscheinen, sondern vor allem als eine angemessene Entschädigung und als Ausgleich dafür, daß die Menschen in den Industrieländern - nur knapp ein Fünftel der Erdbevölkerung - gut vier Fünftel der bisherigen klimarelevanten Gase emittiert haben. Ist also die notwendige finanzielle und materielle Unterstützung der Entwicklungsländer wirklich ein einseitiger Transfer von den Industrienationen oder nicht vielmehr ein adäquates "Marktentgelt" für die einseitige Übernutzung der Erdatmosphäre durch die reichen Länder des Nordens?

Dieses Beispiel zeigt recht deutlich, wie in den Überlebensfragen der Menschheit traditionelle liberale Rezepte und Methodologien zu kurz greifen. Eine ethische Reflexion dieser Problemsituation könnte sich im Spannungsfeld von *Sachgemäßem* und *Menschengerechtem* abspielen, das Arthur Rich in seiner *Wirtschaftsethik* (1984, 1991) entwickelt hat. Die von ihm aufgestellten Kriterien des Menschengerechten und ihre Ausrichtung auf die gesellschaftliche Gerechtigkeit - hier vor allem die Gesichtspunkte der Mitmenschlichkeit, der Mitgeschöpflichkeit und der Partizipation - können eine nützliche Grundlage für den notwendigen ethischen Reflexionsprozeß bilden.

Zum Schluß möchte ich noch ein paar Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis machen: Schon John Meynard Keynes wies darauf hin, daß viele Wirtschaftspraktiker oftmals stolz betonten, sie hingen keinen abstrakten Theorien an, sondern stützten sich statt dessen auf ihre praktischen Erfahrungen. Dabei sind sie - wie Keynes bissig bemerkte -, ohne es selber zu wissen, meist verkappte Anhänger besonders veralteter Theorien, die sie implizit dazu verwenden, ihre Erfahrungen gedanklich zu verarbeiten.

Das Theorie-Praxis-Verhältnis ist aber auch weitaus schwieriger, als es sich die 68er Generation vorstellte. Theodor W. Adorno hat, kurz vor seinem Tode, in einem Spiegel-Interview auf die Vorhaltung, daß er nach Auffassung der Frankfurter Studenten zuviel Theorie betreibe und sich zu wenig um die gesellschaftliche Praxis kümmere, souverän und zutreffend zurückgefragt: "Ist nicht Theorie eine legitime Form der Praxis?"

Der Münsteraner Soziologe Helmut Schelsky hat gleichfalls kurz vor seinem Tode in dem Buch "Die Arbeit tun die andern" (1975) scharfe Kritik an der linken Intelligenz erhoben; er hat darin die Linken als eine Art Priesterkaste dargestellt, die vorwiegend Ideologie produziert und die tatsächliche Arbeit, auf die es ankommt, denjenigen überläßt, für die sie zu sprechen vorgibt. Auch wenn damit durchaus ein bedenkenswertes Moment angesprochen ist, handelt es sich hier doch um eine grobschlächtige Verkürzung, die sich um so problematischer darstellt, als es hier selbst ein "Priester" ist - wenn auch einer von der konservativen Sorte -, der andere "Priester" Priester schimpft.

Letztlich gilt der Satz Hegels: "Das Tun des einen ist das Tun des andern": Theorie und Praxis sind vielfältig miteinander verbunden und bedürfen immer wieder ihrer wechselseitigen Korrektur: Praxis braucht immer wieder ihre theoretische Reflexion, theoretische Reflexion muß sich immer wieder auf die Praxis und deren Veränderungen einlassen. Wesentliches hierzu hat Marx ja bereits in seinen "Thesen über Feuerbach" gesagt.

So wie Theorie und Praxis aufeinander bezogen sind, so sind dies auch Liberalismus und Sozialismus. Der Prozeß der deutschen Einigung vollzieht sich derzeit ganz unter dem Vorzeichen des Sieges von "Marktwirtschaft" über "Planwirtschaft". Der gegenwärtige "Triumph" des Liberalismus in Theorie und Praxis droht allerdings zum Pyrrhussieg zu werden, wenn nicht immer die von der sozialistischen Kritik eingeforderten Elemente - Produktion, Gerechtigkeit, Natur -

mit bedacht werden, und zwar sowohl auf der Ebene theoretischer Reflexion wie derjenigen der politisch-praktischen Gestaltung. Insofern muß das Scheitern des Sozialismus zugleich auf die Defizite liberaler Theorie und Praxis verweisen. Andernfalls droht der Liberalismus von einem nützlichen, wenn auch zu abstrakten Gesellschaftsentwurf (und damit einem Hilfsmittel zur Strukturierung von Erkenntnis und Handeln) zu einer bloßen Ideologie zu verkommen, die alle Defizite der liberalen Theorie nur noch als Böswilligkeit der Praxis oder gar als Verschwörung linker Kräfte (Intellektuelle, Gewerkschaften usw.) zu begreifen oder vielmehr mißzuverstehen vermag. Damit würde er ebenso dogmatisch wie der gerade gescheiterte Marxismus leninistisch-stalinistischer Prägung.

Ich habe bereits den auf John Stuart Mill zurückgehenden sozialliberalen Ansatz als eine brauchbare Methode charakterisiert, auf die praktischen Mängel des liberalen Weltbilds auch theoretisch einzugehen. Dies geschieht dann meist in der Absicht, zugleich praktische Veränderungen einzuleiten, die aber gerade in einer Marktgesellschaft immer im Kontext interdependenter Wechselbeziehungen und Folgewirkungen gesehen werden müssen. Insofern empfehle ich den Reformern, denen es um einen vernünftigen Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfordernissen geht, ein dem schwäbischen Pietisten Oetinger zugeschriebenes Gebet, das man in säkularisierter Form auch als Motto für jede sozial-reformerische Bestrebung nehmen kann. Es lautet dem Sinne nach so:

"Herr, gib mir den Mut, zu verändern, was zu verändern ist; gib mir die Geduld, hinzunehmen, was nicht zu verändern ist; und gib mir die Klugheit, zwischen beidem zu unterscheiden."